

Alternativ · informativ · heimatverbunden



NACHGEHAKT

Zeitschrift des Landtagsabgeordneten André Barth **Nº 2/2023**



**Bröckelt die Brandmauer?
Trotz Ausgrenzung: Bürger wählen
AfD-Landrat und AfD-Bürgermeister**

2



5

Bericht aus dem Kreistag



6

„...und die Landkreise
verrecken finanziell!“ – Teil 2



9

Strafanzeige gegen Habeck –
Anfangsverdacht der
Volksverhetzung

Bröckelt die Brandmauer?

Trotz Ausgrenzung: Bürger wählen AfD-Landrat und AfD-Bürgermeister



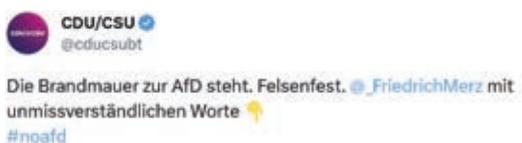
Die CDU wird nicht müde, sie zu betonen. Stabil sei sie nach „rechtsaußen“ und wackelt keinesfalls – die Brandmauer. Seit 2018 hat die CDU Deutschlands eine Beschlusslage des Bundesparteitags: keine Zusammenarbeit mit Linkspartei und AfD. Während man es nach links nicht so genau nimmt, wie sich in der Thüringer Landespolitik zeigt, wird öffentlich immer wieder die Abgrenzung nach rechts betont. Oder danach, was die im linksgrünen Mainstream angekommene CDU mittlerweile für rechts hält. Die AfD hat sich jedoch vor allem auf kommunaler Ebene immer wieder als verantwortungsbewusst unter Beweis stellen können, sodass in der immer wieder betonten Brandmauer zumindest kleine kommunalpolitische Löcher zu klaffen scheinen. Doch auf Bundes- und Landesebene wird die Ausgrenzung demokratisch

gewählter Fraktionen seitens der CDU-Parteiführung konsequent aufrechterhalten. Und das, obwohl unsere Vorschläge immer konstruktiv und den Inhalten der CDU teilweise recht ähnlich, mitunter gar deckungsgleich, sind.

Dabei haben wir immer wieder betont, dass wir Willens und auch dazu bereit sind, (Regierungs-) Verantwortung zu übernehmen. Aber da steht ja besagte Brandmauer im Weg.

Wir sind jedoch nicht angetreten, um CDU-Parteifunktionäre zu überzeugen. Vielmehr ist uns die Zustimmung des Wählers wichtig. Bislang war es immer wieder eine Einheitsfront von linksaußen bis

in die sogenannte „Mitte“, die im entscheidenden Moment zählbare Wahlerfolge der AfD verhindern sollte. So wurde 2019 nach Sebastian Wippels Sieg im 1. Wahlgang zum Görlitzer Oberbürgermeister bei der darauffolgenden Stichwahl die „nationale



„... und sie bröckelt doch!“

Einheitsfront“ ausgerufen, sodass der CDU-Kandidat Ursu diese für sich entscheiden konnte. Unmittelbar vor der Wahl hatte das Establishment sogar Hollywood-Schauspieler als anti-nationale Wahlkämpfer aufgeföhren, die sich in einem offenen Brief an die Görlitzer wandten und so die drohende Apokalypse als unmittelbare Folge eines AfD-Oberbürgermeisters gerade noch einmal abwenden konnten.

Nun fanden in diesem Sommer u.a. die Wahl zum Landrat im thüringischen Landkreis Sonneberg und zum Bürgermeister im sachsen-anhaltinischen Raguhn-Jeßnitz statt. Auch dort siegten die

Für die Union stellt sich langsam aber sicher nicht nur die Frage nach der Stabilität, sondern auch nach dem Sinn besagter Brandmauer. Wie lange verzichtet die CDU noch auf eine strukturelle konservative Mehrheit zugunsten von Klimafetischisten und Genderideologen?

Solange die Ausgrenzung der AfD anhält, könnten Teile der Wählerschaft dazu neigen, taktisch zu wählen, da sie eine Stimmabgabe für die vermeintlich zur Daueropposition verurteilten AfD für verschenkt halten. Eine Stimme für ein „geringeres Übel“ ist und bleibt aber ein Übel. Zudem mehrten sich die Zeichen, dass der Wind sich dreht, was

DDR-Grenzmauer versus CDU-Brandmauer

Schabowski: „Allerdings ist heute, soviel ich weiß, eine [...] Entscheidung getroffen worden. Es ist eine Empfehlung des Politbüros aufgegriffen worden, daß man aus dem Entwurf des Reisegesetzes den Passus herausnimmt und in Kraft treten läßt, der ständig, wie man so schön sagt, die ständige Ausreise regelt, also das Verlassen der Republik. Weil wir es, äh, für einen unmöglichen Zustand halten, daß sich diese Bewegung vollzieht, äh, über einen befreundeten Staat, äh, was ja auch für diesen Staat nicht ganz einfach ist. Und deshalb, äh, haben wir uns dazu entschlossen, heute, äh, eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, äh, über Grenzübergangspunkte der DDR, äh, auszureisen.“

Journalist: „Ab sofort? Nur mit Paß?“

Schabowski: „[...] Also, Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen, Reiseanlässen und Verwandtschaftsverhältnissen beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. [...]“

Journalist: „Wann tritt das in Kraft?“

Schabowski: „Das tritt nach meiner Kenntnis [...] ist das sofort. Unverzüglich.“



Möglicher neuer CDU-Vorsitzender: „Allerdings ist heute, soviel ich weiß, eine [...] Entscheidung getroffen worden. Es ist eine Empfehlung des Präsidiums aufgegriffen worden, dass man aus dem Parteitagsbeschluss den Passus herausnimmt und in Kraft treten läßt, der ständig, wie man so schön sagt, die ständige Abgrenzung regelt, also die Ausgrenzung der AfD. Weil wir es, äh, für einen unmöglichen Zustand halten, dass sich diese Annäherung vollzieht, äh, ausschließlich über die kommunale Ebene, äh, was ja auch für diese Parteiführung nicht ganz einfach ist. Und deshalb, äh, haben wir uns dazu entschlossen, heute, äh, eine Regelung zu treffen, die es jedem Funktionär möglich macht, äh, über die Zusammenarbeit, äh, mit der AfD selbst zu entscheiden.“

[...]

Journalist: „Wann tritt das in Kraft?“

Möglicher neuer CDU-Vorsitzender: „Das tritt nach meiner Kenntnis [...] ist das sofort. Unverzüglich.“

AfD-Kandidaten Robert Sesselmann (Sonneberg) und Hannes Loth (Raguhn-Jeßnitz) im 1. Wahlgang. Für den 2. Wahlgang hieß es erneut: AfD gegen den Rest der Welt. Anders als vier Jahre zuvor in Görlitz schafften es die Kandidaten diesmal jedoch, auch im 2. Wahlgang die Nase vorn zu behalten. Sesselmann erreichte am 25. Juni 52,8%; Loth eine Woche später 51,1%. Im Fall Sesselmanns wurde umgehend eine Prüfung seiner Verfassungstreue angekündigt – und damit auch die Frage in den Raum gestellt, ob ein von den Bürgern gewählter Amtsträger denn nicht einfach durch eine Behörde das Amt verweigert werden könnte. Welch ein demokratiepolitisches Trauerspiel! Wäre es da nicht besser, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein neues?

auch eine Erfahrung aus der weiteren Ausdifferenzierung unseres Parteiensystems der vergangenen Jahre und Jahrzehnte ist.

Zunächst die Grünen in den 70er und 80er Jahren waren ähnlich ausgegrenzt und stigmatisiert wie derzeit die AfD. Eine Zusammenarbeit mit ihnen ausgeschlossen, auch aufseiten der SPD. Viel krasser war später der Umgang mit den SED-Nachfolgern, die sich mittlerweile von PDS in „Die Linke“ umbenannt haben. Noch im Jahr 2009 musste die hessische SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti zurücktreten, da sie zuvor entgegen des bis dahin gültigen Dogmas eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nach der hessischen Landtagswahl 2008 nicht mehr ausgeschlossen hatte und eine ▶

Tolerierung der von ihr geplanten rot-grünen Minderheitsregierung durch die Linken in Erwägung gezogen hatte. Heute sind rot-rot-grüne Koalitionsgedanken die völlige Normalität und Koalitionen teilweise Realität.

Jegliche Mauern, die nicht von den Bürgern getragen werden, sondern als seelenlose Bauwerke physisch oder geistig errichtet wurden, sind in der Vergangenheit dem Willen des Volkes zum Opfer gefallen. Ebenso wie die für Epochen errichtete Berliner Mauer, die dem Freiheitsgedanken der Mitteldeutschen weichen musste, wird auch die Brandmauer der CDU gegenüber der AfD fallen. Schon heute wünschen sich zahlreiche Wähler des bürgerlich-konservativen Lagers die Regierungsbeteiligung der AfD. Dafür ist es jedoch wichtig, dass die Wähler der AfD auch trotz scheinbar verbautem Weg zur Macht die Kraft dafür durch ihre Stimme an die Hand geben, die es für eine Veränderung im Land braucht. Ein Umdenken in der CDU wird nicht dadurch stattfinden, dass die Union durch die Stimmen als „geringeres Übel“ in ihrem

Kurs indirekt bestätigt wird. Ein Umdenken wird nur durch die eigene Stärke der AfD angeschoben werden können.

Merkel ist weg, Kretschmer als Chef der Sächsischen Union und auch Friedrich Merz auf Bundesebene werden die Ausgrenzung unter dem Druck der Stärke der AfD nicht ewig durchhalten können. Demnach wird entweder die (Brand-) Mauer fallen oder aber die Parteifunktionäre selbst. Denn ein Bröckeln der Mauer ist bereits jetzt zu verzeichnen. Der Wählerwille wird sich früher oder später seinen Weg bahnen – und sei es durch den härtesten Stahlbeton.



Autor:
Julien Wiesemann
Vorsitzender der AfD-Fraktion
im Kreistag Meißen

Einer tausendfach wiederholten Lüge glaubt man leichter, als einer zum ersten Mal gehörten Wahrheit

So sagt ein Sprichwort, eine Lebenserfahrung. Aber irgendwann sind auch die tausend Lügen aufgebraucht. Zum Ende hin immer schneller, weil immer mehr und dreistere Lügen verbraucht werden, um die Wahrheit zu verdecken.

Winston Churchill wird die Feststellung zugeschrieben, Demokratie wäre von allen bekannten Systemen die mit den wenigsten Nachteilen. Aha (?) Vor Lug und Trug schützt die Demokratie jedenfalls nicht, wie jeder leicht im Vergleich zwischen Ansage und Ausführung feststellen kann. Dann bietet sie aber logischerweise auch keine Gewähr dafür, dass die Besten und Fähigsten an die Schalder der Macht kommen. Man könnte sogar annehmen – welcher schlimmer Gedanke – sie fördere die Wähler-Veräppelung. Wo sind denn nun aber die Vorteile?

Der Philosoph Karl R. Popper (1902-1994 / Die offene Gesellschaft und ihre Feinde) meinte dazu, die Demokratie diene letztendlich allein dazu, diejenigen unblutig wieder loszuwerden, die von den Wählern nicht mehr gelitten werden. Was nun? Das bedeutet ja dann, dass man Demokraten erst in ihrem Abgang als solche erkennt. Das bedeutet dann auch,

Autor: Tilo Bretschneider

dass die Ansage: Wir, die demokratischen Kräfte und die dort, die unsere Demokratie abschaffen wollen“ - ja also, jetzt wird's doch verrückt - das bedeutet dann, dass diese wohlfeile und tagtäglich inszenierte Selbstbezeichnung keinen Pfifferling wert ist.

Denken Sie bitte daran: Für „DiesichdenStaatzur-Beutegemachthaben“ gibt es in den allermeisten Fällen tatsächlich keine Alternative und das wird allein die Wahl ihrer Mittel prägen, um ihre Macht und ihr Auskommen zu erhalten. Alle anderen brauchen sich aber aus deren verfahrenen Situation keinen Zwang einreden lassen und können die Alternative wählen.

Und wie schonmal gesagt: Gendern müssen Sie meine Beiträge selbst. Gelinkt werden Sie aber von Ihrer Regierung ganz zuverlässig.



Autor:
Tilo Bretschneider
Vorsitzender AfD-Stadtrats-
fraktion Glashütte

Bericht aus dem Kreistag

Montag, den 26.06.2023 tagte der Kreistag des Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge in Pirna.

Autor: Frank Fiebiger

Sehr interessant waren diesmal die Abstimmungsergebnisse, die zum ersten Mal auf elektronischem Wege zustande gekommen sind.

Zunächst zum Antrag unserer Fraktion. Die AfD beantragte die Streichung von Integrationsleistungen für vollziehbar ausreisepflichtige Migranten. Es macht schließlich einfach keinen Sinn, Steuergelder für eine Integration zu investieren, obwohl eine Abschiebung kurz bevorsteht. Immerhin wäre hier eine ganze Vollzeitstelle in der Flüchtlingshilfe einzusparen, oder anderweitig einzusetzen. Dies wurde auch in der Stellungnahme der Landkreisverwaltung zum Antrag so sichtbar. Trotzdem wurde durch die Verwaltung, eine Empfehlung für eine Antragsablehnung ausgesprochen.

Die darauffolgende Debatte verlief wie erwartet. Fast alle Fraktionen, auch die der CDU, lehnten mit zum Teil diffusen Argumenten unseren Antrag ab. Stimmenthaltungen gab es bei der Konservativen-Mitte.

Dass mein Fraktionskollege Michael Ullmann, dann noch der Frau Pelz (Bündnis90/GRÜNE) erklären musste, was eine Duldung für einen ausländischen Status hat, sei hier nur am Rande erwähnt. Er bot ihr an, gerne die richtigen Bedeutungen weiter Begriffe zu erklären. Keine Argumente und gefährliches Halbwissen in der Debatte, ist man von den GRÜNEN ja gewohnt.

Tagesordnungspunkt: Anfrage der Kreisräte an den Landrat. Ich fragte Herrn Landrat Geisler, ob es Überlegungen gibt, das ehemalige BSZ Dippoldiswalde als Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber zu nutzen. Landrat Geisler erklärte, dass diese Möglichkeit doch sehr wahrscheinlich ist, da es sich um eine kürzlich sanierte Einrichtung des Landkreises handelt. Auf meine Nachfrage, wieviel Personen dort untergebracht werden können, antwortete er: „mindestens 100 Personen“. Dies veranlasste OB Körner, das Wort zu ergreifen. Sie wollte das Thema eigentlich nicht ansprechen, aber sieht sich aufgrund meiner Nachfrage dazu veranlasst. Sie wünscht sich, dass gerecht auf alle Gemeinden verteilt wird. Von 36 Gemeinden und Städten aus dem Landkreis hätten sich nur neun um Unterbringung bemüht. Beim ersten Blick erstmal nachvollziehbar, auch der Landrat äußerte Verständnis. Fraglich ist, woher kommt diese Abwehrhaltung? Warum halten die meisten Bürgermeister sich so zurück? Kann es sein, dass es doch erhebliche Pro-

bleme mit der Integration von zugereisten Neubürgern gibt? Kann es sein, dass sich kleine Gemeinden, die Migrationsschwemme gar nicht mehr leisten können?

Weitere 1.200 Migranten sind für den Landkreis bis Jahresende angekündigt. Über 600 vollziehbar ausreisepflichtige Migranten halten sich zurzeit im Landkreis auf.



Warum nutzt man den Kreistag nicht, um endlich die Probleme beim Namen zu nennen und unterstützt sinnvolle Anträge? Nein, da wird lieber mit dem Strom geschwommen, auf keinem Fall auffallen, man will ja in der eigenen Partei nicht in Ungnade fallen. Doch in der eigenen Gemeinde oder Stadt sieht die Sache schon anders aus. Den Zorn der Bürger möchte man lieber nicht auf sich laden. Von einer konservativen CDU, welche die Umfragewerte der AfD halbieren will, ist nicht mehr viel Konservatives übriggeblieben.

Richtig erschreckend war, dass der Antrag der AfD zur Streichung von Frau Eckstein aus Dippoldiswalde, aus der Vorschlagsliste der ehrenamtliche Richter, von allen anderen Fraktionen (auch von OB Frau Körner) abgelehnt wurde.

Werte Bürger, wir bleiben für Sie an den Themen im Landkreis dran. Dafür haben Sie uns gewählt.

Stärkste Fraktion, unbequem, kritisch, lösungsorientiert, typisch AfD-Kreistagsfraktion SOE.



Autor:
Frank Fiebiger
Kreisrat

„... und die Landkreise verrecken finanziell!“ – Teil 2



Bereits in der letzten Ausgabe von „Nachgehakt“ habe ich die finanzielle Situation der Landkreise im Freistaat Sachsen beleuchtet. Mit mehreren Kleinen Anfragen bin ich der Thematik seitdem auf den Grund gegangen.

Rückblick: Am 15. März debattierte der Landtag unter dem Titel „Unser Land zuerst statt zuletzt“ auf Antrag der AfD-Fraktion über die politische Großwetterlage im Land. Auch die finanzielle Ausstattung der kommunalen Ebene im Freistaat war Thema dieser Debatte. Schon damals wies ich darauf hin, dass den Landkreisen finanziell das Wasser buchstäblich bis zum Halse steht, wie ich aus eigener Erfahrung als Kommunalpolitiker weiß. CDU-Innenminister Armin Schuster feierte das, was in unserem Land passiert als großen Erfolg,

Autor: MdL André Barth

sein Parteikollege Finanzminister Hartmut Vorjohann sprach bereits während der Haushaltsverhandlungen vom besten Finanzausgleichsgesetz (FAG) aller Zeiten. Ich entgegnete dem, dass anhand dieser Feststellungen „irgendwas in ihrem System überhaupt nicht zusammen passt“, wenn gleichzeitig die Landkreise finanziell verrecken.

Um einer gesetzmäßigen Haushaltsaufstellung näher zu kommen, blenden die Landkreise finanzielle Risiken, etwa durch eine weitere inflationsbedingte Kostenerhöhung oder durch gestiegene Personalkosten infolge des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst, einfach aus und bilden diese im Haushalt gar nicht erst ab. Trotz dieser Maßnahmen sind die meisten Haushalte gesetzwidrig aufgestellt, aber die Landesdirektion lässt dies einfach durchlaufen, weil das in jedem Landkreis dasselbe Problem ist.

Um einen genauen Überblick über das konkrete Ausmaß der Situation zu erhalten, habe ich insgesamt 36 Kleine Anfragen gestellt, die sich mit der Haushaltssituation unserer Kreise und kreisfreien Städte beschäftigen. Fünf von ihnen hatten bis

zum Zeitpunkt meiner ersten Anfragen im März/ April 2023 noch immer keine Doppelhaushalte für das laufende Kalenderjahr und 2024 bei der Landesdirektion vorgelegt. In den meisten Fällen lag es daran, dass es den meisten Landkreisverwaltungen trotz Sonderregelungen durch das Innenministerium schlichtweg kaum möglich war, genehmigungsfähige Haushalte zu erstellen. So waren Ende Mai nochmals zehn Nachfragen notwendig, um auch für diese die genauen Zahlen zu erhalten. Die Kleinen Anfragen sind im Elektronischen Landtagsarchiv „EDAS“ (<https://edas.landtag.sach->



<https://edas.landtag.sachsen.de>

Kreisumlage teils deutlich erhöhen, um ihre Haushalte aufstellen zu können. Dies führt dazu, dass die angehörigen Städte und Gemeinden ihrerseits noch größere Schwierigkeiten haben werden, eigene genehmigungsfähige Haushalte aufzustellen, wenn deren Abgabenlast an den Kreis erhöht wird. Den höchsten Kreisumlagesatz hat übrigens der Landkreis Görlitz. Dort zahlen die kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine Umlage von 36%! Mehr als ein Drittel des Haushalts fließt also direkt an den Landkreis. Die Kommunen werden demnach entweder zu teilweise drastischen Ein-

Die finanzielle Schieflage der sächsischen Landkreise

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Saldo ordentliche Erträge – ordentliche Aufwendungen		Verrechnung Basiskapital		Gesamtergebnis nach Verrechnung		Kreis- umlage in 2024
	2023	2024	2023	2024	2023	2024	
Bautzen	-20.470.400 €	-25.944.950 €	6.761.000 €	6.142.000 €	-13.016.250 €	-19.065.150 €	33,5%
Görlitz	-46.246.000 €	-47.623.300 €	4.621.800 €	4.394.600 €	-41.445.200 €	-43.167.200 €	36%
Leipzig Land	-29.204.700 €	-47.440.350 €	494.200 €	4.674.500 €	-24.262.700 €	-42.765.850 €	34,2%
Meißen	-19.630.019 €	-30.971.220 €	7.100.000 €	5.900.000 €	-12.125.569 €	-24.953.220 €	35,88%
Mittelsachsen	-35.471.800 €	-42.292.500 €	8.955.600 €	8.346.100 €	-25.852.900 €	-34.021.600 €	30,9%
Nordsachsen	-13.124.657 €	-14.075.313 €	5.167.081 €	3.467.081 €	-7.157.576 €	-8.908.232 €	34,49%
SOE	-16.580.300 €	-20.312.700 €	5.510.800 €	5.407.200 €	-11.068.500 €	-14.904.500 €	33,9%
Vogtland	-25.008.700 €	-23.895.000 €	8.799.918 €	8.687.499 €	-16.210.282 €	-15.209.001 €	33%
Zwickau	-17.569.600 €	-27.576.900 €	3.886.400 €	3.760.400 €	-13.693.200 €	-23.816.500 €	33,96%
Ergebirge	-18.130.400 €	-23.093.700 €	keine				29,7%
Leipzig* ¹	-20.685.293 €	-14.507.275 €	45.606.723 €	45.313.489 €	26.921.430 €	32.806.214 €	
Chemnitz*	-56.781.655 €	-62.581.172 €	keine				
Dresden*	-103.172.088 €	-102.708.342 €	keine				

*kreisfreie Städte ohne Kreisumlage ¹außerordentliche Erträge von je 2 Mio. € in 2023 und 2024

sen.de/) unter den Drucksachennummern **7/12761** bis **7/12796** sowie **7/13559** bis **7/13568** zu finden. Die Antworten der Staatsregierung von Ende Juni zeichneten ein düsteres Bild der Finanzsituation. Bis auf den Landkreis Vogtland (moderate Absenkung von 34,64% auf 33%) sowie Nordsachsen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (konstant mit 34,49% bzw. 33,9%) mussten alle Landkreise die

sparungen gezwungen sein oder aber ihre eigene Einnahmensituation verbessern, indem Gewerbesteuer oder Hebesätze für die Grundsteuer erhöht werden. Und so kommt die chronische Unterfinanzierung der kommunalen Ebene allgemein auch bei Ihnen selbst im Geldbeutel an. Aktuell wird vonseiten der Bundes- und Landesebene versucht, die Finanzlöcher mit Einmal- ▶

zahlungen zu stopfen. Dies wird vielleicht kurzfristig Abhilfe schaffen. Damit bekämpft man allerdings die Symptome und nicht die Ursachen. Die Ursachen sind neben inflationsbedingten Kostensteigerungen nämlich vor allem immer höhere Belastungen der Landkreise durch immer höhere Sozialausgaben.

Diese steigen durch den Wechsel anerkannter Asylbewerber in die reguläre Sozialgesetzgebung und durch ansteigende Sozialleistungen sonstiger Art. Hier bestellt die Bundesregierung durch eine Politik der offenen Grenzen und immer neue Geschenke in Form von Sozialleistungen, der CDU-Grün-SPD-regierte Freistaat leistet durch fehlende Abschiebungen vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer mindestens Beihilfe und die Landkreise dürfen die ganze Party schwarz-rot-grüner Weltoffenheit und sozialer Hängematte für alle Welt bezahlen.

Solange dies nicht als Problem erkannt wird und diese Ursache der finanziellen Schieflage der kommunalen Ebene konsequent angegangen wird, wird von allen Einmalzahlungen und Ankündigungen bestenfalls heiße Luft übrigbleiben.

Schwimmbäder und Bibliotheken als freiwillige kommunale Aufgaben werden infrage gestellt werden (müssen), Schlaglöcher werden mehr und tiefer und nicht mehr wirklich geflickt. Investitionen werden zurückgefahren und die Landkreise können sich aus eigener Kraft nicht mehr weiterentwickeln und ihre Region selbst gestalten. Eine wirkliche Problemlösungskompetenz seitens der etablierten Parteien ist nicht zu erkennen – bei der aktuellen Ampelkoalition sogar das ganze Gegenteil. Gegen diese Politik braucht es wahrhaftig eine Brandmauer der Vernunft und der finanziellen Solidität – eine blaue Brandmauer mit der Aufschrift „Unser Land zuerst!“



Auch in unruhigen Zeiten
ist auf eine Sache Verlass:
**Ich setze mich für Sie im
Landtag ein!**

Sie möchten diese Zeitschrift
digital als PDF-Version*
erhalten?
Bitte senden Sie
eine E-Mail an:
Andre.Barth@slt.sachsen.de



*) Durch die ehrenamtliche Verteilung dieser Zeitschrift kann die Zustellung leider nicht in jedem Fall garantiert werden. Durch die digitale PDF-Version von **NACHGEHAKT** bleiben Sie einfach immer auf dem Laufenden!

André Barth
MITGLIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES



Strafanzeige gegen Habeck – Anfangsverdacht der Volksverhetzung

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat deutsche Polizeibeamte als „Rollkommando“ bezeichnet. Wörtlich sagte er am 14. Juni 2023 bei der Diskussionsveranstaltung eines Umweltbundes in Berlin:

„Die Kriminalisierung, wie Sie es genannt haben, also Rollkommandos brechen in Wohnungen von Aktivisten ein, das ist natürlich völlig absurd.“

Autor: MdB Steffen Janich

bestätigt, dass ein Anfangsverdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung bei Mitgliedern der „letzten Generation“ gegeben sei und die Durchsuchungen unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten vollkommen gerechtfertigt waren.

Robert Habeck scheint von diesem rechtsstaatlichen Handeln der Polizeibeamten wenig zu halten. Der Vorsitzende einer großen Polizeigewerkschaft

hat zutreffend darauf hingewiesen, dass mit dem herabsetzenden Begriff „Rollkommando“ üblicherweise die Schlägerbanden von Sturmabteilung und Schutzstaffel bezeichnet werden. Der Bundeswirtschaftsminister stellt rechtmäßig handelnde Polizeibeamte somit in eine Reihe mit gewalttätigen Verfechtern des Nationalsozialismus.

Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter habe ich die Aufgabe, das Handeln der Bundesregierung auf die Wahrung von Recht und Gesetz zu kontrol-

lieren. Hierzu gehört es auch, Menschen vor grünem Hass und roter Hetze der Altparteien zu schützen. Auch pflichtbewusste Polizeibeamte sind ein abgrenzbarer Teil der Bevölkerung. Sie müssen es sich nicht gefallen lassen, Angriffe auf ihre Würde durch Habecks böswillige Verächtlichmachung hinzunehmen. Ich werde dementsprechend bei der zuständigen Ermittlungsbehörde eine umfassende Strafanzeige wegen des Anfangsverdachts der Volksverhetzung gegen den Bundeswirtschaftsminister erstatten. Schauen wir einmal, gegen wen sich die nächsten polizeilichen Maßnahmen richten werden.



Robert Habeck bezieht sich mit seinen Worten nicht auf den „in letzter Sekunde abgewendeten“ Versuch der Machtübernahme durch eine Gruppe von Senioren. Es liegt ihm auch fern, die oftmals völlig unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen gegen Spaziergänger während der Corona-Pandemie in Frage zu stellen.

Robert Habeck geht es darum, das rechtmäßige Handeln der eingesetzten Polizeibeamten bei ihren Durchsuchungsmaßnahmen gegenüber diversen Klimaklebern zu skandalisieren. Tatsächlich haben die Polizeibehörden in letzter Zeit endlich angefangen, gegen Anhänger der „letzten Generation“ zu ermitteln. Im Raum stehen die Vorwürfe der Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, des Begehens von Sachbeschädigungen, gefährlichen Eingriffen in den Straßenverkehr und zahllosen Nötigungshandlungen durch die Klimakleber. Das Landgericht Potsdam hat in einem Beschluss



Autor:
Steffen Janich
Mitglied des Bundestags

Aus der Stadtratssitzung Dippoldiswalde AfD wirkt ...

Autor: Rolf Süßmann

...und wieder 5€ in das Phrasenschwein, denn den Spruch kennen wir doch alle zur Genüge und es wird langsam langweilig.

Doch ist das so. Ist der Slogan alt und abgedroschen oder zeigt er langsam und nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ immer mehr Wirkung.

Ganz klar, wer die Tagespolitik verfolgt, dem wird unsere Wirkung täglich um die Ohren gehauen. Massive Zuwächse bei Umfragen und der sensationelle Sieg des ersten AfD-Landrates und Bürgermeisters zeigen die Wirkung im Großen.

Doch die vielen kleinen Siege, die wir mit unserer kontinuierlichen täglichen Arbeit nah am Bürger errungen haben, die machen die großen Siege erst möglich.

Heute möchte ich Euch über zwei dieser Siege erzählen. Beide in einer einzigen Stadtratssitzung errungen und Zeugnis dafür, dass wir in der Mitte der Gesellschaft tief verankert sind.

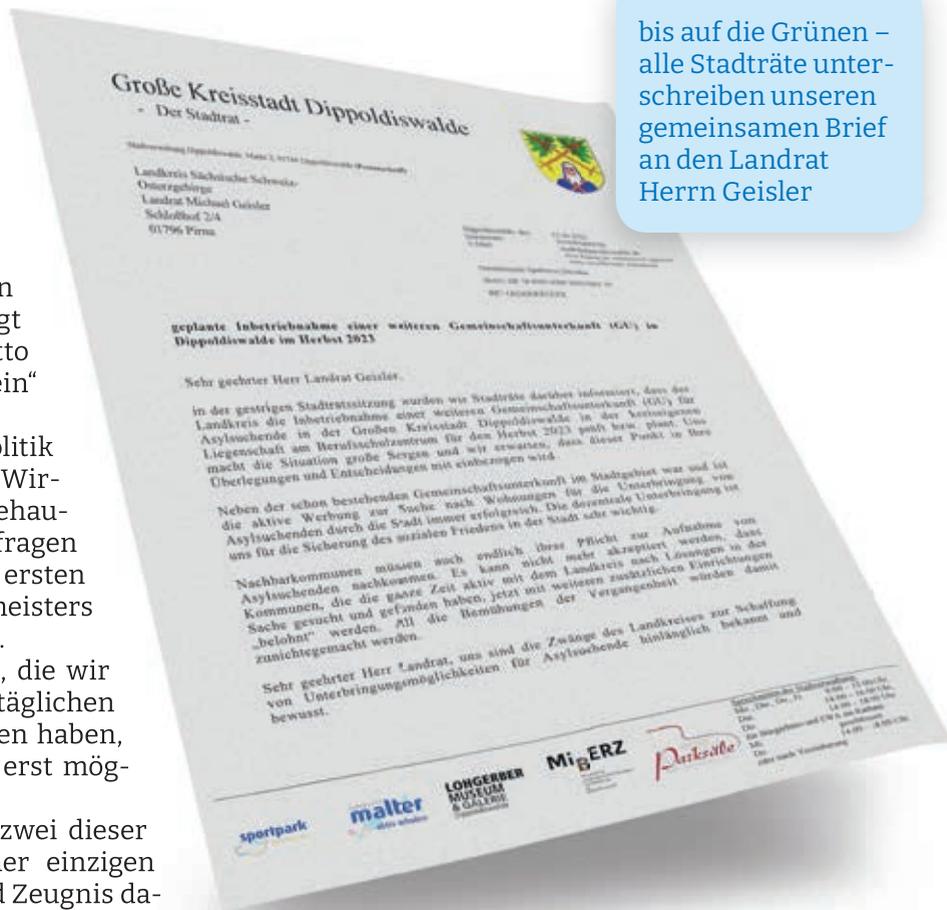
Gemeinsamer Brief aller Stadratsmitglieder gegen die weitere Zuweisung von Asylanten nach Dippoldiswalde.

Es sollte kommen, wie es kommen musste: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Nachdem wir im Ortsteil Schmiedeberg bereits reichlich Asylanten aufgenommen haben und damit gemäß dem Königsteiner Schlüssel unser Soll übererfüllt haben, sollten dennoch weitere mindestens 100 in ein sogenanntes Erstaufnahmehaus auf dem Gelände der Berufsschule untergebracht werden. Auf Nachfrage des MdL André Barth, welcher auch Mitglied des Stadtrates ist, wurden dahingehende Gespräche mit dem Landkreis, welcher Eigentümer der Immobilie ist von Frau Oberbürgermeisterin Körner bestätigt.

Die AfD-Fraktion protestierte sofort dagegen und machte den Vorschlag, dass der gesamte Stadtrat sich dagegen zur Wehr setzen müsste. Nach kurzer und konstruktiver Diskussion schlossen sich alle Stadträte, bis auf Grün, der Ablehnung an und

bis auf die Grünen – alle Stadträte unterschreiben unseren gemeinsamen Brief an den Landrat Herrn Geisler



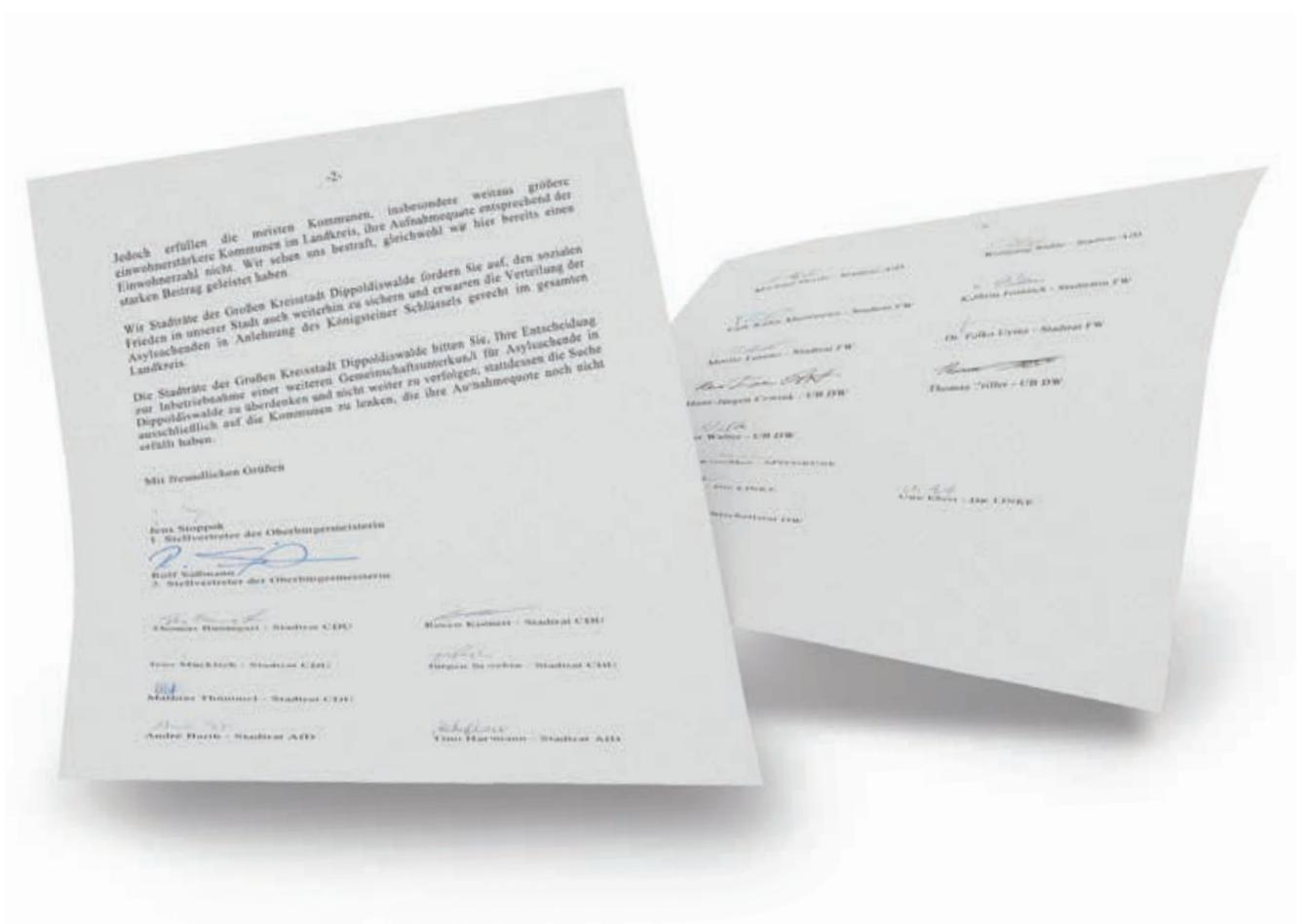
beauftragten die Stadtverwaltung, einen gemeinsamen Brief an den Landrat zu erstellen. Er ist von allen Stadträten (natürlich bis auf Grün) eigenhändig unterschrieben und wurde dem Landrat übergeben.

So viel zum Thema Brandmauer aller anderen gegen die AfD.

Keine Störer als Schöffen

Ebenfalls in dieser Sitzung wurden uns von der Stadtverwaltung die Schöffenlisten zur Wahl und Bestätigung vorgelegt.

Einige der sich um ein Schöffennamt bewerbenden Bürger von Dippoldiswalde waren mir als gewinnbringend für die sächsische Justiz bekannt. Jedoch stach eine auch ganz besonders, nämlich negativ heraus. Es handelte sich um eine Person, die mit Hilfe ihres Mannes die Bürger von Dippoldiswalde angreift und verächtlich macht. In der Sitzung wurde dies den anderen Stadträten bekannt gegeben und die Problematik aufgeworfen. Kein Richter kann mit einer derartigen Person etwas anfangen,



wenn die Verteidigung etwas davon mitbekommt und einen Befangenheitsantrag stellt. Die geheime Wahl verlief wie erhofft. Sie wurde mit übergroßer Mehrheit nicht gewählt und kann nun den Gerichten nicht auf die Nerven gehen. Was sie allerdings nicht daran hindern wird, den Bürgern von Dippoldiswalde weiterhin unangenehm aufzufallen.

Anhand dieser beiden Beispiele sehen Sie, liebe Leser, dass AfD täglich wirkt und das auch mal mehrfach hintereinander. Wir orientieren uns an den Wünschen und Vorstellungen der Bürger, die uns

in unsere Ämter gewählt haben und erklären nicht vollmundig, dass man die Mistentscheidungen, die die Altparteien meist gegen das Volk entschieden haben, nur besser erklären müsse.



Autor:
Rolf Süßmann
Fraktionsvorsitzender der AfD in Dippoldiswalde

Impressum:
Herausgeber:
Andre Barth, MdL
Markt 10,
01744 Dippoldiswalde
Telefon: 0351 493 42 11
Email: andre.barth@slt.sachsen.de
V.i.S.d.P.: André Barth, MdL

Bildnachweise:
Seite 1: rh2010 – stock.adobe.com
Seite 2: Alexi Tauzin – stock.adobe.com
Seite 6: K.-U. Häßler – stock.adobe.com
Seite 9: benjaminmolte – stock.adobe.com

André Barth, MdL
Web: www.andrebarth.de
Facebook: www.facebook.com/andrebarthmdl
Twitter: www.twitter.com/BarthMdl
Instagram: www.instagram.com/andre_barth_md/

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält es sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise bedarf der ausdrücklichen Zustimmungen des Herausgebers.

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH
Auflagenhöhe: 20.000 Stück
Ausgabe Nr. 2 / Juli 2023

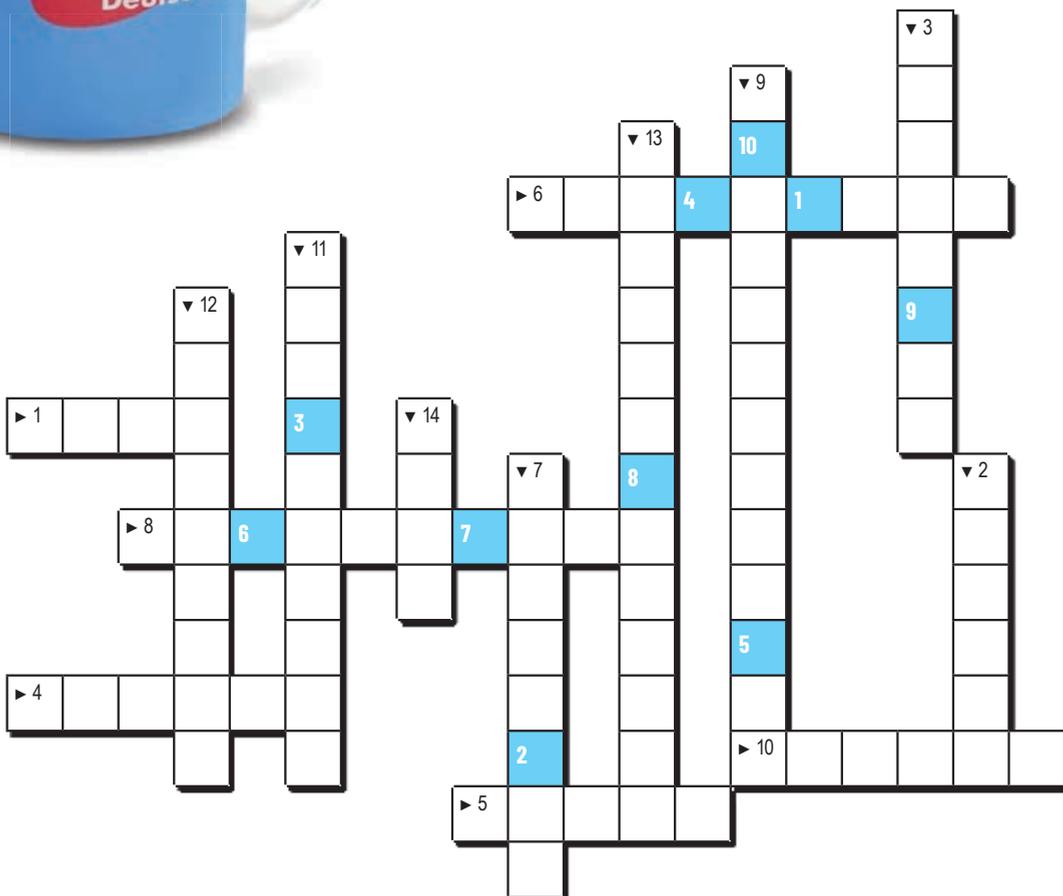
GEWINNSPIEL

Lösen Sie das Kreuzworträtsel und senden Sie das Lösungswort bis zum 30. September 2023 an andre.barth@slt.sachsen.de

Unter allen Teilnehmern wird eine AfD-Kaffeetasse verlost. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich einverstanden, über meine parlamentarische Arbeit per Mail informiert zu werden.



1. AfD-Bürgermeister in Raguhn-Jeßnitz
2. österreichisch-britischer Philosoph
3. Gegenteil der Lüge
4. Bundeswirtschaftsminister
5. Chance, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen (nach Max Weber)
6. Landkreis in Thüringen
7. politische Vertretung der Bürger einer Stadt
8. Staatsform „mit den wenigsten Nachteilen“ (nach Churchill)
9. AfD-Fraktionsvorsitzender in Glashütte
10. Erster AfD-Landrat (Vorname)
11. ehemaliges Mitglied von SED-Zentralkomitee und -Politbüro
12. ehrenamtliche Laienrichter
13. ohne Schuldhaftes Zögern
14. CDU -Vorsitzender



Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

erstellt mit XWords – dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator www.xwords-generator.de